



Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende. Die Teilnehmer waren Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister von Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Ulrich Netzer, Oberbürgermeister von Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag, Dr. Jakob Kreidl, Landrat in Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags, Bernd Würstl, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken, Matthias Kurth, ehemaliger Präsident der Bundesnetzagentur und Moderator Andreas Franik (vgl. Bericht auf Seite 12). ■

BAYERISCHER SPARKASSENTAG 2012 IN AMBERG:

STARK IN DER REGION. NAH AM MENSCHEN

Für die Zukunft des Euro hat der Präsident des Sparkassenverbands Bayern Theo Zellner die richtigen Weichenstellungen angemahnt. Beim Bayerischen Sparkassentag in Amberg wandte er sich klar gegen aktuelle Überlegungen einer Bankenunion oder eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungssystems zum jetzigen Zeitpunkt.

Wie Zellner vor mehr als 600 Gästen hervorhob, „ist es für mich nicht hinnehmbar, dass künftig die Gelder unserer Sparer zur Rettung ausländischer Großbanken herangezogen werden sollen“. Ebenso wenig sei es akzeptabel, das Schutzniveau der deutschen Sparkassenkunden über eine europäische Standardisierung zu mindern. „Mit solchen Maßnahmen würden genau diejenigen getroffen, die in der seit 2008 andauernden Finanzkrise stets als Stabilitätsanker gewirkt haben.“

Mit dem Kauf der LBS Bayerische Landesbausparkasse und der Kapitalerhöhung bei der BayernLB übernehmen die bayerischen Sparkassen Zellner zufolge Verantwortung für Bayerns Zukunft und schaffen zugleich die Voraussetzungen dafür, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in allen Teilen Bayerns in gewohnt umfangreicher Form zu begleiten. Damit sei auch das drohende EU-Beihilfeverfahren aus Sicht der Sparkassen vom Tisch. Darüber hinaus begrüßte der Sparkassenpräsident die aktuellen

Entwicklungen, zumindest auf Ebene des federführenden Ausschusses des EU-Parlaments, zur Überführung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III) in europäisches Recht. Durch intensive Verhandlungen hätte man erreicht, dass eine Benachteiligung von Mittelstandskrediten im Basler Regelwerk ausgeschlossen werden soll.

UNTERSCHIEDLICHE GESCHÄFTSMODELLE

Die vorgesehenen Regelungen berücksichtigen nun auch in angemessener Form die unterschiedlichen Geschäftsmodelle und Organisationsformen von Kreditinstituten in Europa. Er, Zellner, hoffe deshalb nun, dass diese Regelungen nicht durch die Entwicklung technischer Standards wieder verwässert werden.

Vor allem hofften die Sparkassen darauf, dass in den anstehenden Trilog-Verhandlungen zwischen Europa-Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission ein Konsens gefunden und zügig verabschiedet wird. Damit könne die nötige Rechtssicherheit geschaffen werden.

VERLÄSSLICHE SCHICKSALSGEMEINSCHAFT

Nach den Worten des Präsidenten ist es oberstes Ziel der bayerischen Sparkassen, die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in allen Regionen des Freistaats kreditwirtschaftlich zu begleiten und dementsprechend zu fördern. Dabei komme den Sparkassen mit ihren hohen Kundeneinlagen bei der Kreditfinanzierung ihre Unabhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten zugute. Gerade dies mache sie in Krisenzeiten zu absolut verlässlichen Partnern der Bürger, der Kommunen und der mittelständischen Wirtschaft.

Die Sparkassen und ihr klar umrissenes Geschäftsgebiet mit ihrer jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bildeten eine unverbrüchliche Schicksalsgemeinschaft, machte Zellner deutlich. Das Regionalprinzip lenke die unternehmerische Energie und Kreativität der Sparkassen auf das jeweilige Geschäftsgebiet. Sparkassen hätten damit ein Geschäftsmodell, das nicht nur ideal auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten sei, sondern sich darüber hinaus auch als äußerst krisenfest erwiesen habe.

Wichtige Aufgaben sieht Zellner künftig in der kreditwirtschaftlichen Flankierung der Energiewende und der Initiative „Aufbruch Bayern“. Dabei gehe es unter anderem um höhere Investitionen in die Infrastruktur, in die Modernisierung des Bildungssystems, in Straßen, Schienen und schnelles Internet. Da dies alles häufig in kommunaler Verantwortung geschehe, hätten die Sparkassen hier eine besondere Verpflichtung, an dieser Entwicklung durch maßgeschneiderte Produkte mitzuwirken. Diese reichten von unterschiedlichen Finanzierungsmodellen über Konsortialkredite, Kommunalkredite bis zu neuen Konzepten der Bürgerbeteiligung an dezentralen Versorgungsunternehmen.



Kinder des „Caritas Kindergarten Marienheim“ bedankten sich beim Sparkassentag für die Spenden der Sparkasse Amberg und des Sparkassenverbands Bayern an den Förderverein der Klinik für Kinder & Jugendliche am Klinikum Amberg (FLIKA), der Familien erkrankter Kinder dabei hilft, die Zeit ‚rund ums Krankenhaus‘ zu bewältigen. ■

Bayerns Finanzminister Markus Söder lobte die Sparkassen für ihr Engagement. „Es war klug, eine bayerische Lösung zu finden“, sagte Söder mit Blick auf die Abwendung des Beihilfeverfahrens für die BayernLB. Nun könnten sich die Sparkassen wieder auf ihr Geschäft vor Ort konzentrieren. Söders Credo zur Euro- und Finanzkrise: Obwohl Deutschland Profiteur des Euro sei, könne die EU nicht zur Transfer-Union werden. „Mit Euro-Bonds werden wir der Schuldner für die Schulden anderer Länder.“ Die Finanzmärkte erwarteten Reformen in jenen Ländern, die ihre Zinsschulden nicht mehr bezahlen könnten.

„KLARE KANTE“ BEIM FISKALPAKT

Auch die Agenda 2010 habe für die deutschen Bürger harte Zumutungen gebracht. Söder forderte eine „klare Kante“ beim Fiskalpaket. Die Euro-Zone sei auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie auf stabilen Säulen stehe. Seit 200 Jahren sind die Sparkassen dem Wohl der Region verpflichtet. So sind die Sparkassen als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute in besonderem Maße aufgerufen, auch bei der Energiewende mitzuwirken. Seine Gedanken zu diesem Thema formulierte der ehemalige Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth.

Kurth plädierte für den Netzausbau, damit die erneuerbaren Energien integriert werden können. Vor allem müsse der Leitungsbau bundesweit verbindlich geregelt werden, damit auch auf Landesebene nicht immer wieder in Frage gestellt wird, ob einzelne Leitungen aus energiewirtschaftlicher Sicht überhaupt notwendig sind. Nach Kurths Auf-

fassung werden zu viele energiepolitische Grundsatzdebatten auf lokaler Ebene geführt, wo sie einfach nicht hingehören.

„Eine kommunale Energiepolitik mit dem Netz ist nicht machbar“, stellte Kurth klar und warnte vor dem Rückfall in die Kleinstaaterei. Wo möglich, seien dezentrale Strukturen zu begrüßen „und wo es nicht geht, sollten wir uns auch keinen Illusionen hingeben“. Das Netz sei nun einmal neutral.

DROHENDER STROMENGPASS

Angesichts eines drohenden Stromengpasses mahnte Kurth ein schnelleres Handeln der Politik an. Die eigentliche Bewährungsprobe werde erst in den nächsten Jahren kommen, wenn auch die derzeit noch betriebenen Kernkraftwerke vom Netz gehen. Insbesondere im Süden Deutschlands werde dann Ersatz benötigt, das könnten zum Beispiel auch moderne Gaskraftwerke sein. Da es sechs bis sieben Jahre dauere, bis neue Anlagen in Betrieb gehen, müssten klare Planungs- und Rahmenbedingungen auch für Neuinvestitionen gesetzt werden.

Eine Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende mit den Teilnehmern Thomas Barth (Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG), Dr. Uwe Brandl (1. Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Dr. Ulrich Netzer (Oberbürgermeister Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag), Dr. Jakob Kreidl (Landrat Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags) und Bernd Würstl (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken) rundete den Bayerischen Sparkassentag 2012 in Amberg ab. ■

THEO ZELLNER:

Vertrauen in den Finanzpartner Sparkasse

Den bayerischen Sparkassen geht es gut, machte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, deutlich. Sie seien damit nicht nur „gut für Bayerns Regionen“, sondern auch ihr Engagement zahle sich aus. Für 2011 haben die 72 bayerischen Sparkassen wieder einen soliden und stabilen betriebswirtschaftlichen Erfolg ausweisen können und die Prognosen für 2012 sind ebenfalls günstig

Zellner: „Insgesamt sehen wir eine stabile Entwicklung und sind zuversichtlich, dass wir am Ende des Jahres wieder eine gute Bilanz vorlegen können.“ Das Kreditneugeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen stieg in den ersten Monaten des Jahres 2012 bereits um 3,6 Prozent, bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen können die Sparkassen das beste Neugeschäft der vergangenen fünf Jahre feststellen. Zellner zufolge „haben die privaten Kunden Vertrauen in die Zukunft und investieren“. Sie bauten dabei auf den Finanzpartner „Sparkasse“ vor Ort. „Dieser betriebswirtschaftliche Erfolg stärkt die Basis der Sparkassen und er macht sie beweglich, leistungsfähig und einsatzbereit. Das ist gut für Bayern. Das ist gut für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft und für die gesamte Bevölkerung. Man kann sagen, dass die internationale Finanzkrise das Kerngeschäft der regional ausgerichteten Sparkassen nicht beeinträchtigt hat und dass noch mehr Vertrauen in die Sicherheit der Sparkassen festzustellen ist.“

ERFOLGREICHES GESCHÄFTSMODELL

Kein anderer Finanzdienstleister genießt nach Zellners Angaben heute so viel Vertrauen wie die Sparkassen. Das erfolgreiche Geschäftsmodell der Sparkassen und ihrer Verbundpartner sei auch erst kürzlich wieder durch die Ratingagenturen Moody's, Fitch Ratings und DBRS bestätigt worden. Sie bescheinigten den Sparkassen eine gute Bonität und würdigten ihre starke, gefestigte Marktposition als Deutschlands größte Bankengruppe für das Privatkundengeschäft. „Diese externen Bewertungen dokumentieren die große Bedeutung der Sparkassen für die kreditwirtschaftliche Versorgung der Menschen und

Unternehmen in ihren Heimatregionen“, so der Verbandschef. „Unser Erfolg liegt in der tiefen Verwurzelung in den Kommunen und damit der Dreiecksbeziehung Sparkasse-



Theo Zellner.

Träger-Region begründet. Eine Sparkasse ist immer existenziell mit ihrer Heimatregion verbunden. Sie kann nicht ausweichen und sie kann auch keine Geschäfte machen, die ihre Glaubwürdigkeit vor Ort gefährden. Eine Sparkasse verflüchtigt sich nämlich nicht. Und sie hat nur dann eigene Geschäftschancen, wenn es der eigenen Region, den dort angesiedelten Unternehmen und den dort beheimateten Menschen möglichst gut geht“, fuhr Zellner fort. Somit liege es also immer im Interesse der Sparkassen – genauso wie ihrer Träger, der Kommunen –, dass ihre Region floriert. Ihr Interesse gelte zuvorderst den heimischen Unternehmen. So entstehe die enge Anbindung an die Realwirtschaft statt an die internationalen Kapitalmärkte.

Zellner: „Die Sparkasse ist ein ständiger Begleiter der wirtschaftlichen Aktivität in der Region, genauso wie sie ein Lebensbegleiter

für die Menschen dort ist: Vom Taschengeldkonto bis zur Finanzierung des privaten Eigenheims oder dem Unternehmenskredit ist die regionale Sparkasse immer an der Seite ihrer Kunden. Nähe ist bei uns eben kein Zufall, sondern Absicht. Die Menschen wissen deshalb, dass sie ihre Anliegen der Sparkasse anvertrauen können, und dieses Vertrauen ist unser Kernkapital.“

WICHTIGSTE FINANZPARTNER DER KOMMUNEN

Mit Blick auf das traditionell enge Verhältnis zu den kommunalen Trägern stellte der Sparkassenpräsident fest, „dass die Sparkassen für die Kommunen unverändert der wichtigste Finanzpartner sind“. Die Sparkassen-Finanzgruppe war 2011 mit einem Marktanteil von 46 Prozent Hausbank der deutschen Kommunen. Auch in Zeiten, in denen einige Kommunen schwierige finanzielle Situationen bewältigen müssen, die durch die anstehende Umsetzung der Basel III-Regelungen noch erschwert werden könnten, stünden die Sparkassen an ihrer Seite.

Gleichwohl wies Zellner auf folgende Sachverhalte hin:

1. Die kommunale Finanzlage kann nicht durch Ausschüttungen geregelt werden. Das ist Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs.
2. Die Sparkassen in Deutschland zahlen 2,5 Milliarden Euro Ertrags-, davon 1,2 Milliarden Euro Gewerbeertragssteuern direkt an die deutschen Kommunen und zählen damit zu den größten Steuerzahlern jeder Region. Sie unterstützen öffentliche Aufgaben vor Ort mit 511 Millionen Euro jährlich, davon fast 70 Millionen Euro in Bayern. Sie lösen mit Gehaltszahlungen an 246.000 Beschäftigte (darunter für 2012 7.660 Azubis, davon knapp 20 Prozent allein in Bayern), durch eigene Aufträge und örtliche Kreditvergaben das mit Abstand größte kommunal wirksame Investitionsvolumen in Deutschland aus.

DR. IVO HOLZINGER:

THEMENREICHER SPARKASSENTAG

Der Verbandspräsident des Sparkassenverbandes Bayern und Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, Dr. Ivo Holzinger, sprach in seinem Schlusswort zusammenfassend von einem „erfolgreichen und inhaltsreichen Sparkassentag 2012“, den man habe erleben dürfen. Alle Themen seien „mit hoher Kompetenz“ angesprochen worden.

Herzlich hatte Holzinger eingangs Amberg's Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer sowie Sparkassenpräsident Theo Zellner gedankt. Man habe am Vortag eine „gute Ordentliche Verbandsversammlung“ hinbekommen, in deren Rahmen endlich wieder sparkassenspezifische Themen hätten aufgegriffen werden können.

Bei Finanzminister Dr. Markus Söder bedankte sich Holzinger für dessen „richtungweisende Worte“ und wies darauf hin, „dass wir uns beim Freistaat Bayern sehr gut aufgehoben fühlen“. Schließlich sei Bayern das einzige Land, das „klar zum Eigentum der Sparkassen in kommunaler Hand steht“.



Mit Blick auf eine engagierte und lebhafte Podiumsdiskussion zum Leitthema des Sparkassentags, „Energiewende“, meinte Holzinger: „Stellen wir uns den Herausforderungen der Energiewende, dann bin ich sicher, dass die gesamte Sparkassen-Finanzgruppe auch weiterhin viel Erfolg haben wird!“ In diesem Sinne schloss er den Sparkassentag 2012 und verband damit eine Einladung zur nächsten Verbandsversammlung am 26. und 27. Juni 2013 in Kelheim. ■

- Die Aufgabe der Sparkassen besteht nicht in der Renditemaximierung, sondern in der kreditwirtschaftlichen Versorgung. Angesichts der Eigenkapitalanforderungen von Basel III würden die Sparkassen überfordert, wenn die Ausschüttung von eingezahltem Kapital überzogen würde.

RISIKOGERECHTE REGULIERUNG

Die Politik, so Zellner, ziehe aus der erlebten Krise richtigerweise den Schluss, dass eine intensivere Regulierung notwendig ist. Dabei dürfe aber nicht der Mittelstand die Zeche für die Finanzkrise bezahlen. „Jetzt sieht es so aus, als wären wir diesem Ziel einen großen Schritt näher gekommen.“

Allerdings seien einige wichtige Punkte für eine bessere, risikogerechte Regulierung noch immer offen, bemerkte Zellner. So bleibe der

gesamte Schattenbankensektor nach wie vor im Unterschied zu klassischen Kreditinstituten bislang nahezu unreguliert. Zudem sei die deutsche Kreditwirtschaft mit Verbraucherschutzregeln und strenger Aufsicht der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen überzogen worden, während der graue Kapitalmarkt unter den Augen der Gewerbeaufsicht wenig zu befürchten habe. Die Überregulierung gerade im Wertpapierbereich führe dazu, dass die Wertpapierberatung immer bürokratischer und uninteressanter für die Kunden wird. Ebenso wenig zweckdienlich sei die aktuelle Diskussion über eine Europäische Bankenunion, stellte sie doch eine Umverteilung dar, die nichts an den Krisenursachen ändere.

Mit Blick auf die diskutierte Einführung einer Börsensteuer oder Finanztransaktionssteuer meinte der Verbandschef: „Regulierung sollte

immer da ansetzen, wo man tatsächlich und auch effektiv Risiken begegnen kann, und nicht da, wo man am einfachsten zugreifen kann. Hier gibt es noch viel zu tun. In jedem Fall wäre es falsch, stabilisierenden Verbundsystemen wie der Sparkassen-Finanzgruppe durch regulatorische Maßnahmen wesentliche Kreditspielräume zu nehmen, die derzeit zum Beispiel zur Finanzierung der Energiewende dringend benötigt werden.“

„Die Zukunft der Sparkassen wird sich aber nicht am grünen Tisch in Brüssel oder anderswo entscheiden, sondern im Markt“, stellte Zellner klar und fuhr fort: „Die Sparkassen werden deshalb zu ihrer eigenen Zukunftssicherung das Geschäft mit den Kunden in der realen Welt, in der Region weiter betreiben und verstärken. Wir machen uns damit unabhängiger vom Kapitalmarkt und befördern unsere Bindung an die Kunden und Eigentümer der Sparkassen, nämlich die Bürger.“

Ganz aktuell präsentierten sich die bayerischen Sparkassen in den vergangenen Monaten als kompetenter Begleiter der bayerischen Regionen im Thema Energiewende. Damit lägen sie auf einer Wellenlänge mit der Politik und der deutschen Bevölkerung, die sich in den letzten Monaten mehr und mehr für den Wandel hin zu erneuerbaren Energien ausspricht.

Die für die Energiewende formulierten, ambitionierten Ziele müssten allerdings auch finanzierbar sein, was nur funktioniere, „wenn Real- und Finanzwirtschaft Schulter an Schulter gehen“. Die bayerischen Sparkassen und ihre Verbundpartner seien bereit, sie begleiteten diese Energiewende aktiv. Zellner: „Wir wollen intensiv dazu beitragen, dass das neue Energiekonzept ein Erfolg werden und so auch den Standort Bayern stärken kann.“

UMWELTPAKT BAYERN

Die bayerischen Sparkassen sind Mitglied im Umweltpakt Bayern und zu Jahresbeginn 2012 auch der bayerischen Klima-Allianz beigetreten. Damit haben sie laut Zellner zunächst „ein klares Signal an die Gesellschaft für unsere Überzeugung“ gesetzt. Unterlegt werde es mit Leistungen in der Fördermittel- (Fortsetzung nächste Seite)

DR. MARKUS SÖDER:

Klares Bekenntnis zum Euro

Bayerns Finanzminister Markus Söder zeigte sich in seinem Grußwort erleichtert darüber, dass der von der Staatsregierung und den Sparkassen gefundene „bayerische Weg“ zur Lastenverteilung bei der Umstrukturierung der BayernLB die Zustimmung der EU-Kommission gefunden hat. Damit sei ein Beihilfeverfahren abgewendet worden.

Ein solches Beihilfeverfahren hätte, wenn es wegen des Eingreifens des Freistaates bei der finanziellen Rettung der BayernLB vor vier Jahren und der damaligen weitgehenden Übernahme des zuvor 50-prozentigen Kapitalanteils der Sparkassen eingeleitet worden wäre, für alle Beteiligten schwer absehbare Konsequenzen haben können, machte Söder noch einmal deutlich.

Nach wie vor dürfe man nämlich nicht davon ausgehen, dass Brüssel dem deutschen Spar-

kassen-System begeistert gegenüberstehe. Deshalb sei es wichtig gewesen, „klug zu agieren“. Er wisse allerdings auch, dass es nicht für alle einfach gewesen sei, der jetzt vereinbarten Lösung zuzustimmen. Immerhin könnten sich die Sparkassen nun wieder „auf das konzentrieren, was wichtig ist, nämlich das Geschäft vor Ort“.

„Europaweit stehen wir finanzpolitisch vor echten Weichenstellungen fundamentaler Art“, fuhr Söder fort. Deutschland habe vom Euro

in hohem Maße profitiert, weshalb ein Ausstieg aus dem Währungssystem „nicht nur politische Folgen von großer Bedeutung, sondern vor allem ökonomische Konsequenzen für Deutschland und vor allem für Bayern als Exportland nach sich ziehen würde“. Aus diesem Grund plädierte der Minister für „tragfähige Lösungen“. Benötigt würden ebenso stabile wie verlässliche und sicherheitsorientierte Rahmenbedingungen, die für den gesamten Euroraum gelten.



Dr. Markus Söder.

Vertrauen in Finanzpartner ...

(Fortsetzung von Seite 4)

beratung, der Finanzierung von Energiewendeprojekten und mit nachhaltigen Geldanlagemöglichkeiten. Mit einem Anteil von 40 Prozent sei die Sparkassen-Finanzgruppe zum Beispiel der führende Anbieter von Krediten, die aus den KfW-Programmen „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ gefördert wurden.

Gemeinsam mit den Verbundpartnern machten sich die bayerischen Sparkassen für nachhaltige Geldanlagen stark. Als Beispiele nannte Zellner „grüne Sparkassenbriefe“, d. h. Energie-/Umwelt- oder Klimasparkassenbriefe und nachhaltige Investmentfonds, die es Anlegern ermöglichen, Ersparnisse gewinnbringend zu investieren und gleichzeitig ökologische und soziale Ziele zu verfolgen. Beispielsweise böten Sparkassen ihren Kunden die nachhaltigen Anlagefonds ihres Verbundpartners DekaBank. In Zusammenarbeit mit der BayernLB, der DKB und der Bayern-Grund gebe es weitere „grüne“ Kapitalanlagemöglichkeiten: das kommunale Bürger-

beteiligungsmodell der BayernGrund und demnächst auch sog. Green Bonds. Mit beiden Ansätzen verbinde sich das Anliegen, die Energiewende zu fördern, dabei die regionale Wertschöpfung zu sichern und gleichzeitig eine vernünftige sachwertorientierte Rendite zu erzielen.

„Sparkassen sind schon heute mit rund 45 % Marktanteil führend bei der Finanzierung erneuerbarer Energien. Und wir werden uns bei dem Konzept der Bürgerbeteiligung an dezentralen Energieversorgungsunternehmen verstärkt einbinden“, erklärte der Präsident und ergänzte: „Der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ ist bei uns keine Worthülse, sondern gelebte Realität.“

Mit den Sparkassen als Partner der Energiewende wehe frischer Wind für Bayern – im wahrsten Sinne des Wortes, betonte Zellner. Aus China komme die alte Weisheit: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Schutzmauern, die anderen bauen Windmühlen.“ Die bayerischen Sparkassen bauten die Windmühlen. Oder vielmehr heutzutage: die Windräder.

„Das Problem des Euro ist nicht etwa der Euro als Währung, sondern die Schuldenmacherei einiger Staaten“, fuhr Söder fort. Wenn ein Land auf Dauer seine Schulden nicht zurückzahlen könne, müsse es die Eurozone verlassen. Würden Reformen und Schuldentilgung verschleppt, breche das gesamte System zusammen. Eine Transferunion sei die Folge.

STARKE WÄHRUNG UNABDINGBAR

Die Euro-Zone werde auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf stabilen Pfeilern gründet, prognostizierte Söder. „Wir brauchen eine stabile, starke Währung, das sind klare Akzente.“ Hier stehe Bayern uneingeschränkt hinter Kanzlerin Angela Merkel, die eine klare Linie in Europa verfolge. Söder: „Wir wollen Ehrlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und ein Ja zum Euro – „aber nicht wie auch immer getrickste Systeme, die dazu führen, dass die deutschen Banken, der deutsche

(Fortsetzung nächste Seite)

WOLFGANG DANDORFER:

Top-Zahlen für Amberg

Gegründet im Jahre 1034 präsentiert sich die Stadt Amberg mit ihrer fast tausend-jährigen Geschichte und der eindrucksvollen, historischen Kulisse als modernes Dienstleistungszentrum. In der nach den Worten von Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer „alten und ehrwürdigen Stadt“ wurden sogar zwei Könige geboren: Rupprecht III. und Friedrich V. Von 1499 bis 1810 war Amberg Hauptstadt der oberen Pfalz.

Vom Institut der Deutschen Wirtschaft 2011 zur dynamischsten Stadt Bayerns auserkoren, hat Amberg Dandorfer zufolge prozentual die meisten Industriearbeitsplätze in der Metropolregion Nürnberg. Zudem sei in Amberg mit dem Siemens-Werk ein Betrieb ansässig, „der dreimal die beste Fabrik des Jahres und 2007 die beste Firma Europas war und 5.000 Mitarbeiter beschäftigt“. Auch sei die Vilsstadt sechsmal deutscher Tennis-Mannschaftsmeister gewesen und verfüge, so Dandorfer schmunzelnd, über einen Oberbürgermeister, „der viermal im ersten Wahlgang gewählt

wurde“. „Sie sehen also: Amberg liegt nicht hinter dem Ural und unsere Landeshauptstadt heißt nicht Prag. Amberg hat sogar zwei Autobahnanschlüsse, fließendes Wasser und elektrischen Strom“, betonte Dandorfer mit Verweis auf einen Bankenvertreter, dem die oberpfälzische Stadt bis dato nachweislich nicht bekannt war. Darüber hinaus besitze Amberg eine Sparkasse, „die bereits 187 Jahre alt ist und 1825 vier ein Sechstel Prozent Zinsen bezahlt hat“. „Davon könnt ihr euch eine Scheibe abschneiden“, so Dandorfers augenzwinkender Appell an die an-

wesenden Sparkassenvertreter. Neben der Stadtparkasse Amberg und der Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg kam 1843 noch die Kreissparkasse Amberg hinzu. 1994 fusionierten die drei Sparkassen zur Sparkasse Amberg-Sulzbach und somit zum stärksten Kreditinstitut der Region mit gut 70.000 Kunden, einer Bilanzsumme von zwei Milliarden Euro, rund 500 Mitarbeitern und 25 Geschäftsstellen. ■



Wolfgang Dandorfer. ■

Klares Bekenntnis zum ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Sparer oder der deutsche Steuerzahler der Hauptfinancier von Europa ist“.

MITTELSTANDSUNTERSTÜTZUNG

Dass Deutschland erfolgreicher ist als andere Länder, hänge sehr stark mit der Mittelstandsunterstützung zusammen, betonte der Minister. „Deutschland ist der Stabilitätsanker in Europa, Bayern der Stabilitätskern.“ Vor diesem Hintergrund unterstrich Söder, dass Bayern eine gerechte Gestaltung des Länderfinanzausgleichs anstrebt. Gleichzeitig machte er deutlich, „dass es uns um die Ausgestaltung von Solidarität und nicht um die Aufkündigung geht“. Bayern habe 2011 erheblich mehr in den Finanzausgleich bezahlt als es in den letzten 40 Jahren erhalten hat. „Wir sind solidarisch.“

Ein gerechter Länderfinanzausgleich müsse vor allem deutlich mehr Anreize für Schuldenabbau und sparsame Haushaltsführung schaffen. „Wir wollen einen Länderfinanz-

ausgleich, der die Nehmerländer dabei unterstützt, ihre Ausgaben aus eigener Wirtschafts- und Finanzkraft zu bestreiten, so wie Bayern es als ehemaliges Nehmerland auch geschafft hat.“ Und was für Europa gilt, gelte ebenso für Deutschland: „Auch Bayern kann nicht dauerhaft alles im Alleingang bezahlen. Wir wollen, dass wieder mehr Geld im Freistaat bleibt, denn die Bürger haben es verdient, dass das Erwirtschaftete auch wieder mehr bei ihnen bleibt.“

BANKEN SIND GUT AUFGESTELLT

Die Banken in Deutschland sind nach Söders Worten „gut aufgestellt“. Man müsse aber aufpassen, dass durch die neuen Eigenkapitalregeln der Bankenregulierung nicht diejenigen Banken geschwächt werden, die den Mittelstand mit Krediten versorgen und damit das System tragen. Der erste Einstieg, den Finanzmarkt an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen, sei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Notfalls sollte Deutschland hier als eine der größten Volkswirtschaften der Welt eine Vorreiterrolle übernehmen,

auch wenn nicht alle Staaten mitziehen.

Andere Regulierungsmaßnahmen – wie beispielsweise die Eindämmung des Hochfrequenzhandels oder die Regulierung des intransparenten Schattenbankensystems, das in den USA bis zu 40 Prozent der Transaktionen tätige – müssten hinzukommen. Beim Hochfrequenzhandel müsse die Politik unbedingt Hand anlegen, denn derzeit würden bei Aktiengeschäften zu oft „Algorithmen und nicht der Käufer oder Verkäufer“ entscheiden. Hier müsse unbedingt „entschleunigt“ werden, da eine hohe Crash-Gefahr besteht, warnte der Politiker.

Söder dankte den bayerischen Sparkassen ausdrücklich dafür, dass sie sich nie an derartigen Geschäftsformen beteiligt haben, „sondern im Gegenteil sehr viel Wert auf Kundenbezug und Kundenorientierung legen“. „Und wenn man von Bad Bank und Good Bank spricht, dann sind die Sparkassen eine echte Good Bank. Herzlichen Dank für Ihr Engagement!“, so der Minister abschließend. ■

SIEGMUND SCHIMINSKI:

Optimismus und Stolz

„Wir haben in der bayerischen Sparkassenorganisation ein schwieriges Jahr 2011 hinter uns“, stellte der bayerische Landesobmann Siegmund Schiminski fest. Den Bezirksobleuten und Vorstandskollegen dankte er für die konstruktive und kritische Zusammenarbeit.

Schiminski zeigte einen bewegten Jahresrückblick auf. „Die Verantwortlichen wollen eine Neugliederung der Themen erreichen, die alle sehr beschäftigen. Das Thema ‘Beteiligungs-Management’ müssen wir intensiv angehen. Entwicklungen wie in der Vergangenheit dürfen nicht mehr passieren“, erklärte der Landesobmann. Er dankte allen, die das Ergebnis der bayerischen Verständigung zur Beteiligung an der BayernLB mit vollzogen haben.

Es sei die richtige Entscheidung der Sparkassen gewesen, die IZB SOFT in einen IT-Anbieter mit der neuen OSPlus-Generation zu überführen. Diese Unterstützung würde die Sparkassen und auch deren Kunden voranbringen.

VERBUNDPARTNER MIT TOP-PRODUKTEN

Schiminski weiß als erfahrener Banker, dass die Kundenberater der Sparkassen überschaubare Produkte nach dem Grundsatz „weniger ist oft mehr“ brauchen. „Es ist unser mühsam erarbeitetes Kundenvermögen, das wir ihnen anvertrauen“, so Schiminski in Richtung der Verbundpartner. Als neue Tochter gehöre in Kürze auch die LBS zur Sparkassenfamilie.

AUSWIRKUNGEN DER FINANZMARKTKRISE

Schlagworte wie ‘Staatsverschuldung’ oder ‘Rating der Banken’ beschäftigen die Menschen im vergangenen Jahr. Schiminski fragte: „Ist aus der Finanzmarktkrise eine Gläubigerkrise geworden?“ Er ist überzeugt, dass auch die Sparkassen vom politischen Tun und Handeln abhängig sind. Dem Landesobmann zufolge sei es gut, dass die Sparkassenorganisation dazu eigene Strategien aufberei-

tet habe. Der Qualitätsgedanke spiele hierbei eine große Rolle. Der Kunde erwarte nicht nur 99, sondern 100 Prozent. Die Back-Office-Dienstleister unterstützten die Sparkassen dabei sehr erfolgreich. Die Wettbe-



Siegmund Schiminski.

werber hätten den Sparkassen den Krieg erklärt. Sie bezahlen laut Schiminski Zinsen, die nicht mehr marktkonform seien und die Wettbewerber mit billigem Geld versorgten. Durch diese Lockangebote würden liquide Sparkassenkunden abgeworben.

PARTNER DES MITTELSTANDES

Der Landesobmann ist überzeugt, dass die Sparkassen der Partner des Mittelstandes sind und bleiben. „Wir müssen unsere gewerblichen Kunden noch intensiver betreuen und zu neuen Finanzierungsformen begleiten“, erklärte Schiminski. Auch das Smartphone-Banking, auch „Hosentaschen-Banking“ genannt, rolle mit großer Geschwindigkeit auf

die Sparkassen zu. Gleichzeitig müssten sich die Verantwortlichen mit neuen Themen wie Facebook & Co. auseinandersetzen.

„Der wesentliche und wichtigste Punkt dabei ist die Marktdurchdringung. Die Fristentransformation hat ein Ende“, meinte Schiminski. Über ein Drittel der Kunden sei wechselbereiter denn je. Nicht nur aufgrund der Kondition, sondern auch bezüglich der Betreuung.

ZUSAMMENHALT

Schiminski ist überzeugt, dass die Sparkassen-Mitarbeiter der Schlüssel zum Erfolg sind. In einigen Jahren würde es, wie jetzt schon bei den Beschäftigten im Handwerk, auch bei den Sparkassen einen Engpass an qualifizierten Kundenberatern geben. Durch aktive Mitarbeiterentwicklung und Professionalität könne die Sparkassenorganisation dieser Entwicklung begegnen.

„Wir müssen nicht viel Neues erfinden, sondern ein geschlossenes Bild abgeben. Wir sind hier zuhause. Wir sind die Vertrauensbank, die gut ist für die Region, für Bayern, für Deutschland und darüber hinaus auch für Europa“, verdeutlichte der Landesobmann.

DEN BLICK NACH VORNE RICHTEN

Doch Themen wie etwa die EU-Einlagensicherung und Basel III würden die Sparkassen laut Schiminski auch in der nahen Zukunft intensiv beschäftigen. „Wir dürfen also nicht nur das rote „S“ mit uns herumtragen, sondern wir müssen auch die gleiche Philosophie vertreten. Unser Tun kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir effizient, effektiv, produktiv und letztendlich auch rentabel arbeiten“, überzeugte Schiminski die Gäste. In der Vergangenheit hätten die Sparkassen schon sehr auf Rendite geachtet, jedoch müsse in Zukunft ein noch stärkeres Augenmerk auf ein sich rechnendes Filialnetz gerichtet werden.

Schiminski bedankte sich zum Abschluss bei den Millionen Sparkassenkunden, den Trägern, dem bayerischen Verband und den Obbleuten. Mit den Worten „Optimismus und Stolz wollen wir unseren Mitarbeitern vom heutigen Sparkassentag mitbringen“, beendete der Landesobmann seine Ausführungen. ■

GERD HÄUSLER:

BayernLB: Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells bestätigt

Beim Sparkassentag in Amberg Ende Juni lief das Beihilfeverfahren der EU-Kommission zur BayernLB noch. Doch Gerd Häusler, der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, ließ in seiner Ansprache durchblicken, dass ein Abschluss in greifbare Nähe gerückt war - und dankte den Sparkassen noch einmal ausdrücklich für ihren zugesagten Lastenbeitrag. Tatsächlich erzielten Vertreter der EU-Kommission, der Bundesregierung, des Freistaats Bayern, des Bayerischen Sparkassenverbands und der BayernLB etwa zwei Wochen später bei einem Treffen in Brüssel eine Grundsatzeinigung. Am 25. Juli schloss die Kommission das Verfahren schließlich offiziell ab und bestätigte damit die Tragfähigkeit des kundenfokussierten Geschäftsmodells der neuen BayernLB.

„Mit der finalen Entscheidung der EU-Kommission kann die BayernLB ihren eingeschlagenen Kurs als Unternehmens- und Immobilienfinanzierer sowie als verlässlicher Partner der Sparkassen mit starker regionaler Ausrichtung auf Bayern und Deutschland fortsetzen“, erklärte Gerd Häusler anlässlich der Entscheidung. Das Verhandlungsergebnis stelle die Bank vor „ambitionierte Herausforderungen“, die aber zu bewältigen seien. Häusler weiter: „Auch wenn wir einen großen Teil der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen bereits absolviert haben, werden wir uns im Kerngeschäft der Bank auch in Zukunft noch weiter fokussieren und effizienter werden.“

RÜCKZAHLUNG AN DEN FREISTAAT

Eine wesentliche Auflage der EU-Kommission ist die Rückzahlung von fünf Milliarden Euro hartem Kernkapital an den Freistaat Bayern. Um diese Auflage erfüllen zu können, muss sich die BayernLB in den nächsten sieben Jahren über die bereits seit dem Jahr 2009 durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen hinaus weiter verkleinern. Dazu werden die verbliebenen Nicht-Kernaktivitäten wie Flugzeug- und Schiffsfinanzierungen abgebaut und Beteiligungen abgegeben, um gebundenes Eigenkapital freizusetzen.

Dazu gehört beispielsweise auch der Verkauf der LBS Bayern an die Sparkassen zum Jahresende. „Die BayernLB muss den Wandel

hin zu einer kleineren und risikoärmeren Landesbank in den nächsten Monaten und Jahren energisch fortsetzen“, erklärte Gerd Häusler anlässlich der Vorlage des Zwischenberichts Ende August.



Gerd Häusler.

Die EU-Entscheidung ist ein Meilenstein für die BayernLB. Sie verschafft Planungssicherheit für Mitarbeiter und Vorstand und erlaubt es, im Kerngeschäft mit Augenmaß und unter genauer Abwägung von Chancen und Risiken gezielt zu wachsen. In den Segmenten „Corporates, Mittelstand & Privatkunden“, „Immobilien & Sparkassen/Verbund“ sowie „Markets“ wird die Bank ihren Kunden nach eigenen Angaben auch künftig uneingeschränkt ihre komplette Produktkompetenz anbieten können und dürfen. Dazu ge-

hört auch, dass sie ihre deutschen Kunden bei deren Geschäftsaktivitäten im Ausland unterstützt und spiegelbildlich die Aktivitäten ausländischer Kunden in Deutschland finanziert. Im Ergebnis will sich die Bank damit auf Geschäfte mit klarem Bayern- und Deutschlandbezug konzentrieren, bei denen der Kunde im Mittelpunkt steht.

PARTNERSCHAFT MIT DEN SPARKASSEN

Einer der wichtigsten Eckpfeiler des Geschäftsmodells wird auch künftig die Partnerschaft und die geschäftliche Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen bilden, wie die BayernLB betont. Das wird sich nicht nur an der Anteilsquote ablesen lassen, die nach der bereits vereinbarten Kapitalerhöhung im kommenden Jahr deutlich steigen wird. Doch unabhängig davon will die Bayerische Landesbank auch in Zukunft daran arbeiten, ihre Produkt- und Dienstleistungspalette für die Sparkassen auszuweiten und zu optimieren. Ein Beispiel dafür ist die Einführung der S-Unternehmensplattform, die den Verkauf und Kauf von Unternehmensanteilen vereinfacht und beschleunigt. Ziel der BayernLB ist es, den Status als bevorzugter Partner der bayerischen Sparkassen auszubauen. Dazu gehört auch, dass sie gemeinsam mit den Sparkassen weiterhin den bayerischen Kommunen als verlässlicher Finanzpartner zur Seite stehen will.

Die BayernLB sieht sich auf einem guten Weg. Im ersten Halbjahr 2012 erzielte die Landesbank trotz belastender Sonderfaktoren ein Vorsteuerergebnis von 174 Millionen Euro. „Der Trend stimmt“, sagte Gerd Häusler. „Die Bank hat einen weiteren wichtigen Schritt getan hin zu einem nachhaltig profitablen und leistungsfähigen Unternehmens- und Immobilienfinanzierer mit Fokus auf Bayern und Deutschland sowie einem starken Partner der Sparkassen.“

DR. FRANK WALTHERS:

Gefestigte Marktposition

Zu den zehn größten Erstversicherern in Deutschland zählt der Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB). Sein Marktanteil lag nach Darstellung von Vorstandsvorsitzendem Dr. Frank Walthes im vergangenen Jahr bei 3,7 Prozent.

Im Geschäftsjahr 2011 verzeichnete der Konzern VKB eine stabile Geschäftsentwicklung. Das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft belief sich auf 6,64 Milliarden Euro; 2010 hatten die Beitragseinnahmen erstmals die 7-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Der Rückgang im Jahr 2011 ist laut Walthes auf die planmäßig starke Entwicklung im Einmalbeitragsgeschäft im Vorjahr zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung des Einmalbeitragsgeschäftes wurde ein Plus von 2,3 Prozent (Markt: 2,3 Prozent) erzielt. Im Schnitt der vergangenen sechs Jahre kann der Konzern VKB auf ein Wachstum von 3,4 Prozent p. a. verweisen und liegt damit weit vor dem Markt (2,0 Prozent).

UMSATZPLUS

Die Krankenversicherung konnte ihr Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr steigern. Die gebuchten Bruttobeiträge nahmen um 3,9 Prozent auf 2,13 (2,05) Milliarden Euro zu. Die Schaden- und Unfallversicherung erzielte ein Plus von 2,1 Prozent auf 2,04 (1,99) Milliarden Euro. In der Lebensversicherung normalisierte sich das Einmalbeitragsgeschäft planmäßig. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 2,48 (3,11) Milliarden Euro.

Der Kapitalanlagenbestand wuchs um 3,6 Prozent auf 38,58 (37,22) Milliarden Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 1,50 (1,55) Milliarden Euro etwa auf Vorjahresniveau. Bezogen auf den Gesamtbestand belief sich die Nettoverzinsung auf 3,9 Prozent. Das Konzernergebnis vor Steuern erhöhte sich um 24,9 Prozent auf 213,2 (170,7) Millionen Euro. Der Konzernjahresüberschuss lag bei 91,4 (133,4) Millionen Euro.

Insgesamt konnte sich der Konzern VKB aufgrund seiner Multikanalstrategie sowie seines ausgewogenen Produktportfolios in

einem schwieriger werdenden Umfeld erfolgreich behaupten. Ein weiterer wesentlicher Grund für die gute Positionierung ist auch die Einbindung des Konzerns VKB in die Sparkassen-Finanzgruppe.



Dr. Frank Walthes (l.) gemeinsam mit seinem Vorgänger Friedrich Schubring-Giese.

Beispiel hierfür ist die Einführung von OS-Plus, der Standard-IT-Lösung der Sparkassen-Finanzgruppe und Basis für eine weitere Vereinheitlichung der IT im Verbund. Derzeit bündelt die Finanz Informatik rund ein-einhalb der insgesamt deutlich mehr als fünf Milliarden IT-Kosten der Gruppe. Ziel ist es, den Anteil der FI an den IT-Dienstleistungen sowohl bei Sparkassen als auch bei Landesbanken und Verbundpartnern kontinuierlich weiter auszubauen.

Zu den VKB-Produktschwerpunkten zählt nach Walthes' Angaben seit vergangenem Jahr das „GenerationenDepot“ für das Einmalbeitragsgeschäft. Dabei handelt es sich um ein steueroptimiertes und flexibles Produkt für die Vermögenssicherung und -übertragung. Auch im Geschäft mit den laufenden Neubeträgen hat sich die VKB im letzten Jahr produktseitig neu positioniert.

„FlexVorsorge Vario ist das für uns erfolgreichste Produkt aller Zeiten“, so Walthes. Es sei für alle Schichten der privaten Altersvorsorge geeignet und könne als klassische Rentenversicherung, als geförderte BasisRente und als Direktversicherung abgeschlossen werden. Außerdem könne der Versicherungsnehmer, je nach Lebenssituation, Zuzahlungen leisten oder Kapital entnehmen. Ende 2011 wurde zudem das Produktangebot im Bereich der Berufsunfähigkeit erheblich ausgebaut: Mit der Produktfamilie „Einkommens-Sicherung“ wird nunmehr eine Versicherungslösung für alle Alters- und Berufsgruppen angeboten.

Wie in der Lebensversicherung passt die Versicherungskammer Bayern das Produktportfolio auch in der Krankenversicherung neuen Bedürfnissen an. So haben aktuell die VKB-Krankenversicherer die neue Krankenvollversicherung „GesundheitCOMFORT“ eingeführt. Der Kunde kann grundsätzlich, je nach Lebenssituation und finanziellen Möglichkeiten, flexibel Bausteine zu- oder abwählen. Die Leistungsverzeichnisse und Hilfsmittelkataloge werden anhand des medizinisch-technischen Fortschritts regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert. Dadurch wird dauerhaft eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau sichergestellt.

NEUE RISIKEN UND BEDÜRFNISSE

Neben den großteils gesättigten Märkten entstehen allerdings auch neue Risiken und Bedürfnisse. Dazu gehört beispielsweise die Absicherung von Energiegewinnungsanlagen. Bei der Absicherung von Photovoltaikanlagen konnte die VKB in den vergangenen Jahren, insbesondere durch die Vertriebsleistung der Sparkassen, mit über 50.000 Stück einen weit über ihre Erwartungen liegenden Zuwachs verzeichnen. Insgesamt werden damit heute über 81.000 Photovoltaikanlagen versichert.

Versichert wurden zudem ca. 800 Biogasanlagen. Auch hier ist die VKB Marktführer. Neu hinzugekommen sind Windkraftanlagen. Potenziale werden außerdem noch immer bei der Absicherung von Elementargefahren gesehen, die nach Walthes' Einschätzung nach wie vor enorm unterschätzt werden. ■

DR. FRANZ WIRNHIER:

Weiter auf Erfolgskurs

Sicherheit und Stabilität werden mit Wohneigentum und dem Bausparen verbunden. Davon hat die LBS Bayern 2011 profitiert. Gestützt auf die Vertriebskraft der bayerischen Sparkassen und des eigenen Außendienstes konnte die Landesbausparkasse nach den Worten von Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, ihren bisherigen Neugeschäftsrekord aus dem Vorjahr überbieten und abermals einen Bestwert bei der Vermittlung neuer Bausparverträge aufstellen.

So wurden 2011 rund 250.000 neue Bausparverträge vermittelt – 9,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Bausparsumme stieg gegenüber 2010 um 4,3 Prozent auf 8,29 Milliarden Euro. Besonders stark ist das Interesse am Bausparen bei jungen Menschen gestiegen: Mehr als jeder dritte neue Vertrag ist 2011 von Kunden bis zu einem Alter von 25 Jahren abgeschlossen worden.



Dr. Franz Wirnhier.

SPARKASSEN SORGTEN FÜR ZUWACHSRATEN

Die bayerischen Sparkassen trugen Wirnhier zufolge im vergangenen Jahr erheblich zu den hohen Zuwachsraten im Neugeschäft bei. Die Zahl der durch sie ver-

mittelten Bausparverträge stieg um 10,5 Prozent auf rund 217.000. Die Bausparsumme wuchs um 3,3 Prozent auf 6,89 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Neugeschäftsanteil von 83 Prozent.

SEHR GUTES NEUGESCHÄFT

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2012 wurde das sehr gute Neugeschäft aus den Monaten Januar bis Mai 2011 abermals deutlich gesteigert. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Zahl der für die LBS Bayern vermittelten Bausparverträge um 26,4 Prozent auf 148.747, die Bausparsumme um 3,4 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro.

WACHSENDE BESTÄNDE

Der kurzfristige Zinsanstieg in den ersten Monaten des vergangenen Jahres wirkte sich positiv auf den Zinsüberschuss aus, der um 19,1 Millionen Euro auf 208,9 Millionen Euro gesteigert worden war.

Positiv bemerkbar machten sich die gewachsenen Bestände an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie die im Zuge mehrfacher Tarifierungen gesunkene Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen. Das Provisionsergebnis verminderte sich um 1,4 Millionen Euro auf -32,7 Millionen Euro, weil das sehr gute Neugeschäft hohe Provisionsaufwendungen zur Folge hat.

RIESTER-BAUSPARVERTRÄGE

Verstärkt wird dieser positive Effekt durch die Vermittlung der Riester-Bausparverträge, bei denen die Abschlussgebühren-

WERTEORIENTIERTES HANDELN

Im Jahr 2011 haben die bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband Bayern insgesamt 66 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt.

Diese hohe Fördersumme ist Ausdruck der Verantwortung der Sparkassen gegenüber der Gesellschaft und den Regionen, für die sie arbeiten. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausschüttungen und sonstige Förderbeiträge zusammengefasst.

MUT, TOLERANZ, ZIVILCOURAGE

Gemeinsam mit dem Landesbund für Vogelschutz fördern die bayerischen Sparkassen beispielsweise in über 3.000 Kindergärten die Vermittlung von Wertvorstellungen wie Mut, Toleranz und Zivilcourage. Mittels entsprechender Materialien lernen die Kinder spielerisch, mit Werten umzugehen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Förderung von wertorientierten Zukunftsentscheidungen in Bayern geleistet.

Die insgesamt 107 Stiftungen der 72 bayerischen Sparkassen verfügen insgesamt über ein Kapital von 240 Millionen Euro. Ein prominentes Projekt der Bayerischen Sparkassenstiftung ist etwa die Ausstellung „Frauen – Pablo Picasso, Max Beckmann, Willem de Kooning“, die Ende März 2012 in der Pinakothek der Moderne eröffnet wurde. Die Werkschau will zeigen, wie die Frauenbildnisse dieser drei Ausnahmekünstler zum Spiegel gesellschaftlicher Umbrüche geworden sind. ■

erträge auf fünf Jahre verteilt werden, während die Provisionszahlungen sofort in voller Höhe aufwandswirksam sind. Durch den kräftig erhöhten Zinsüberschuss kommt für das Jahr 2011 unter dem Strich ein Betriebsergebnis vor Risikoversorge von 70 Millionen Euro heraus, das 13,1 Millionen Euro über dem Resultat des Vorjahres liegt. ■

MATTHIAS KURTH:

Umsetzung der Energiewende

„Jede Planung durchläuft fünf Phasen. Nach der Euphorie folgen Verwirrung und Ernüchterung, die Suche nach Schuldigen sowie die Bestrafung Unschuldiger bzw. die Belobigung Unbeteiligter. Dies gilt auch für die Energiewende, bei der diese Phasen allerdings sehr schnell durchlaufen werden“, konstatierte der ehemalige Präsident der Bundesnetzagentur (BNetzA) Matthias Kurth.

Kurth zufolge hat dieser Prozess bereits einige Enttäuschungen mit sich gebracht, etwa beim Thema Arbeitsplätze. Deutschland müsse deshalb nachhaltig bei der Produktion auf dem Weltmarkt mithalten. Vor diesem Hintergrund sei es „sehr erfreulich, dass gerade in Bayern viele Photovoltaikanlagen entstanden sind“.

AKTUALISIERTES BUNDESGESETZ

Ein aktualisiertes Bundesgesetz, das die Vergütungssätze für Strom aus Solaranlagen an die aktuellen und zukünftig zu erwartenden Preis- und Kostenentwicklungen anpasst und somit die Solarförderung kürzt, habe nun u. a. zum Inhalt, dass es ab einer Obergrenze von 52 Gigawatt Gesamtleistung keine Förderung für neue Anlagen mehr gibt, so Kurth. Gegenwärtig seien in Deutschland rund 28 Gigawatt installiert. „Somit wird sich der Boom nochmals verstärken“, prognostizierte der ehemalige Regulierungs-Chef. Seine Prognose: „In zwei Jahren ist das Photovoltaik-Ziel erreicht, das wir eigentlich erst in zehn Jahren erreichen wollten.“ Das Problem dabei: „Netzbetreiber wie E.ON kommen schon jetzt kaum nach, diesen Zubauboom im Netz zu verkraften. Die Förderung aber laufe weiter. Der Stromkunde wiederum bezahle diese Entwicklung mit steigenden Umlagen. Derzeit kostet der Strom in Deutschland 23 Cent pro Kilowattstunde. Kurth: „Wir haben jetzt schon

weltweit die höchsten Strompreise, aber nicht weil die Erzeugungskosten so hoch sind, sondern weil der staatlich verursachte Teil mehr als die Hälfte dieses Strompreises ausmacht.“ EEG-Umlage, Kapitalumlage, Konzessionsabgaben usw. hätten den Strompreis in die Höhe getrieben.



Matthias Kurth.

„Und ein Ende ist nicht in Sicht.“ In diesem Zusammenhang hielt Kurth den Vorschlag von Umweltminister Peter Altmaier, Kostensteigerungen durch Stromsparen zu verhindern, für „nicht sehr zielführend“.

Stichwort Kernenergie: Wie Kurth darlegte, liefert diese momentan noch ca. 18 Prozent des verbrauchten Stroms. Innerhalb der nächsten zehn Jahre soll sie unter anderem durch erneuerbare Energien, ein ausgebauten Stromnetz und neue Ökostrom-Speicher verlässlich ersetzt werden. Im Jahr 2020 soll der Strom zu 35 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen kommen, im Jahr 2050 sollen es 80 Prozent sein.

„In zehn Jahren, wenn die Kernkraftwerke abgeschafft sind, steht der Energiewende erst der Härtestest bevor“, meinte Kurth, denn: „Was machen wir dann in Zeiten, in denen kein Wind weht und keine Sonne scheint?“ Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, „die erneuerbaren Energien

in den Markt zu integrieren“. Am Netzausbau führe kein Weg vorbei. 3.800 Kilometer an neuen Stromautobahnen werden benötigt, um den Atomausstieg bis 2022 zu schaffen. Zudem soll es 2.800 Kilometer Ertüchtigung im Bestand geben. Außerdem sollen 4.400 Kilometer im bestehenden Höchstspannungsnetz so optimiert werden, dass sie fit werden für die schwankende Ökostromeinspeisung. Die Kosten für Maßnahmen im Übertragungsnetz und im Verteilnetz werden auf jeweils 27 Milliarden Euro geschätzt.

Erneuerbare Energie aus Biogasanlagen sei bayernweit ebenso ein Thema wie die Wasserkraft, die jedoch trotz aller Anstrengungen wohl nur ein sehr begrenztes Potenzial haben werde, fuhr Kurth fort. Ähnlich verhaltene Prognosen gab er für Pumpspeicherwerke ab: „Wenn unsere Stromversorgung nur von den derzeit vorhandenen Pumpspeicherwerken abhängig würde, wären alle in zehn Stunden leer gelaufen.“

Anders als bei Kohle- und Gaskraftwerken ist der Widerstand gegen die Windenergie im Freistaat Kurth zufolge eher gering. Schließlich könnten sich die Bürger vor Ort finanziell an den Projekten beteiligen und auch daran verdienen.

ÖRTLICHER STROM IST KEINE LÖSUNG

Mit Blick auf das Thema Rekommunalisierung machte Kurth deutlich: „Kommunale Energiepolitik mit dem Netz ist nicht machbar, denn das Netz ist neutral, Strom muss durchgeleitet werden und Kunden können überall kaufen. Örtlicher Strom ist keine Lösung. Ein Rückfall in die Kleinstaaterei wäre nicht das ideale Instrument.“ Tatsache sei: „Deutschland ist ein Industrieland. Zwei Drittel unseres Stroms werden von Industrie und Gewerbe verbraucht. Deshalb sollten wir die Erneuerbaren nicht nur wohnraumzentriert diskutieren.“

Die Themen Energieeinsparung und Wärmedämmung des Gebäudebestands stellen nach Kurths Ansicht eine große Herausforderung auch für die Sparkassen dar, die im Verbund mit zahlreichen Förderprogrammen aufwarten.

**BAYERISCHE
GemeindeZeitung**

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Sparkassenverband Bayern, BayernLB

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Tel.: 08171 / 9307-11, -12, -13, Fax: 08171 / 805 14

www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

PODIUMSDISKUSSION:

Die Zukunft der regionalen Energieversorgung

Den Abschluss des Bayerischen Sparkassentages 2012 bildete eine angeregte Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende mit den Teilnehmern Thomas Barth (Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG), Dr. Uwe Brandl (1. Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Dr. Ulrich Netzer (Oberbürgermeister Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag), Dr. Jakob Kreidl (Landrat Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags), Bernd Würstl (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken) sowie Matthias Kurth, ehemaliger Präsident der Bundesnetzagentur.

E.ON-Vorstand Barth sprach von einer „sehr schwierigen Diskussion um Marktkapazitäten“. Er warnte davor, voreilig Maßnahmen zu ergreifen, die den Markt für alle Zeiten verfälschen könnten. Eine Projektidee sei niemals für alle Regionen passend. Es gehe um die Suche nach der größten Effizienz. Der dezentrale Weg, den der Freistaat beschreitet, ist aus Barths Sicht „sehr zu begrüßen“ und „eine große Chance für E.ON Bayern“. Er unterstütze einen Energiemix, bestehend aus Photovoltaik, Biogas und Wind. Gerade die Windkraft sei in Bayern noch längst nicht ausgereizt, allerdings gebe es hierfür nicht überall die perfekten Standorte. Sein zentraler Appell an die Bayerische Staatsregierung: „Es muss zentral geplant, koordiniert und aufgeklärt werden.“

Wie Barth berichtete, hat E.ON Bayern auf dem Gebiet der Gebäudesanierung gemeinsam mit den Sparkassen eine „großartige Kooperation“ gestartet: E.ON führt aufgrund von Erhebungen durch den Dschungel der Fördersysteme. Finanziert wird das Ganze von den Sparkassen. Heuer und im vergangenen Jahr seien hierzu 30 Veranstaltungen in Regensburg über die Bühne gegangen.

„Wir haben eine gesellschaftliche Mehrheit beim Ausstieg aus der Atomkraft, bei der Förderung erneuerbarer Energien, beim Abbau fossiler Energieträger und bei der Reduzierung von Kohlendioxid. Aber wir haben kein gesellschaftliches Bewusstsein, was das für uns bedeutet und was wir dazu tun müssen“, betonte Kemptens OB Dr. Ulrich Netzer. Dabei gebe es zahlreiche regionale Energieversorger, die

sich mit der Umstellung der Energieversorgung beschäftigen. Diese gelte es zu stärken. Regionale Energiekonzepte erachtet Netzer deshalb als richtig, „weil es eben nicht nur darum geht, regenerative Energien zu erzeugen, sondern es auch wichtig ist, Energie einzusparen und die Energieeffizienz zu erhöhen“. Im Rahmen eines Gesamtplans müssten diese Komponenten gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Der Rathauschef sprach sich dafür aus, „den regenerativ erzeugten Strom mit dem Verbraucher zu synchronisieren“. Dazu würden disponible Kraftwerke und intelligente Netze benötigt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, sprach von einer „sehr großen Bereitschaft der Landkreise, sich auf die Energiewende einzulassen“. Speziell sie brächten notwendige Maßnahmen bereits auf den Weg: Zum einen im Bereich der Planung (z. B. Windkraft-Regionalpläne), darüber hinaus bei der Genehmigung im Baurecht, Umweltrecht und Naturschutzrecht sowie im Bereich der Koordination. Kreidl zeigte sich überzeugt, die Energiewende werde nur gelingen, „wenn Gemeinden, Städte und Landkreise mit im Boot sitzen“. Zudem sei es erforderlich, „einen Masterplan für die gesamte Bundesrepublik aufzustellen“. Ohnehin müsse auch auf der europäischen Ebene eine gewisse Vernetzung stattfinden. Die Sparkassen, so Kreidl, unterstützen die Kommunkunden bei der energetischen Sanierung und der Energieeffizienz, stehen für gemeinsame nachhaltige Anlageprodukte zur Verfügung, helfen bei der Finanzierung von Energiegewinnung, binden

Bürgerkapital ein und leisten auch energetische Beratung. Mit dieser umfangreichen Produktpalette und dem starken Netzwerk in der Region seien die Sparkassen für die Landkreise die idealen Partner, wenn es um die Umsetzung der Energiewende geht.

„Wir als Sparkassen sind Partner der Kommunen“, unterstrich Sparkassen-Vorstand Bernd Würstl. Er verwies auf die große Chance der Sparkassen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und auf Möglichkeiten der Anleger im Zuge von Bürgerbeteiligungen beim Bau von Windkraftanlagen. Demnächst werde in der Region Hof der erste Bürgerbeteiligungsfonds aufgelegt. Allerdings müsse dieses unternehmerische Engagement mit einer Mindestbeteiligung von 10.000 Euro auch im Zusammenhang mit allen Risiken betrachtet werden.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl riet zu einem „konzentrierten und geordneten Vorgehen“ sowie zu „Ehrlichkeit und Aufklärung“. „Die Bevölkerung muss wissen: Diese Energiewende gibt es nicht umsonst.“ Brandl wies darauf hin, dass das bayerische Energiekonzept bis zum Jahr 2021 einen Bezug von 15 Prozent des benötigten Stroms aus bayerischen Anlagen vorsieht, die erneuerbare Energien produzieren. An dieser Stelle kämen Bayerns Gemeinden und Bürger ins Spiel und damit auch deren Finanziere an vorderster Stelle, also die bayerischen Sparkassen. Der Verbandspräsident warnte davor, sich unbesonnen auf die Rekommunalisierung der Stromnetze zu stürzen. Nur überörtliche Netzeinheiten mit einem ausgewogenen Mischungsverhältnis von Stadt und Land kämen als Option für kommunale Zusammenschlüsse in Betracht. Beim Bau der erforderlichen zusätzlichen 1.000 bis 1.500 Windkraftanlagen sei eine ordentliche Standortplanung unerlässlich, hob Brandl hervor.

Bestmögliche Planungsergebnisse würden in diesem Zusammenhang durch eine in enger Abstimmung und übergemeindlicher Zusammenarbeit gestaltete Flächennutzungsplanung erzielt. Projekte, bei denen sich Bürger und Gemeinden gemeinsam unternehmerisch betätigen, klingen Brandl zufolge höchst interessant. Dann nämlich fänden sich einerseits die Gemeinden als Träger der Aufgabe Stromversorgung und die Bürger als Leistungsempfänger der Aufgabe im selben Boot wieder. ■